

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Thomas Günther (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

Beendigung von Vertretungsverträgen im Schuldienst im Wahlkreis 31

Die **Kleine Anfrage 2680** vom 29. September 2014 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Vertretungsverträge bestanden im Monat Juli 2014 im Wahlkreis 31 (Angaben bitte getrennt nach Verbandsgemeinden und kreisfreien Städten sowie nach Schulen, Personen und Vollzeitäquivalenten aufschlüsseln)?
2. Welchen Stundenumfang hatten die Vertretungsverträge im Juli 2014 (Angaben bitte getrennt nach Verbandsgemeinden und kreisfreien Städten sowie nach Stundenumfang bis zu einer viertel, halben, dreiviertel und einer ganzen Stelle aufschlüsseln)?
3. Wie viele Vertretungsverträge endeten im Wahlkreis 31 zu Beginn der Sommerferien 2014 (Angaben bitte getrennt nach Verbandsgemeinden und kreisfreien Städten sowie nach Schularten, Personen und Vollzeitäquivalenten aufschlüsseln)?
4. Wie viele Vertretungsverträge im Wahlkreis 31 hatten eine Laufzeit über die Sommerferien hinaus (Angaben bitte getrennt nach Verbandsgemeinden und kreisfreien Städten sowie nach Schularten und Vollzeitäquivalenten aufschlüsseln)?
5. Wie viele Referendare im Wahlkreis 31 waren über die Ferien arbeitslos, weil ihr Referendariat endete und der Vertretungsvertrag erst zum neuen Schuljahr begann?

Das **Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 22. Oktober 2014 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung:

Der Unterricht an den rheinland-pfälzischen Schulen wird weit überwiegend von verbeamteten oder unbefristet beschäftigten Lehrkräften erteilt. Sofern diese Lehrkräfte vorübergehend nicht zur Verfügung stehen, z. B. wegen Mutterschutz, Elternzeit oder Erkrankung, werden zur Sicherung der Unterrichtsversorgung für die benötigte Zeit Beschäftigungsverhältnisse mit Vertretungskräften abgeschlossen. Diese Verträge sind notwendigerweise befristet, weil der zugrundeliegende Bedarf nur ein vorübergehender ist. Vor ihrem Abschluss wird geprüft, ob der Vertretungsbedarf auch anderweitig abgedeckt werden kann, z. B. durch Übernahme von Unterricht durch andere Lehrkräfte des Kollegiums. Demzufolge wird auch für jedes neue Schuljahr im Rahmen der Personalplanung geprüft, welcher Vertretungsbedarf weiter bzw. neu besteht.

Ist die Dauer eines Vertretungsbedarfs nicht absehbar, weil sich z. B. die Dauer einer Erkrankung nicht abschätzen lässt, können in befristeten Vertretungsverträgen sogenannte „Doppelbefristungen“ vereinbart werden. Diese bewirken, dass das jeweilige Beschäftigungsverhältnis entweder mit Rückkehr der vertretenen Person oder mit Erreichen einer kalendarisch bestimmten Höchstfrist endet, die je nach Bedarfslage bis sechs Wochen nach den Sommerferien betragen kann. Ist beispielsweise kurz vor Schuljahresende absehbar, dass der Vertretungsbedarf im nächsten Schuljahr weiter besteht, kann die Lehrkraft über die Sommerferien (und ggf. über die genannte Sechswochenfrist) hinaus beschäftigt werden.

Es ist erklärtes Ziel der Landesregierung, die Kontinuität der Versorgung mit Lehrkräften und deren Beschäftigungsbedingungen, insbesondere bei längerfristigem Vertretungsbedarf, zu verbessern. Deshalb wurde zum Schuljahr 2011/2012 ein Vertretungspool von dauerhaften Beamtenplanstellen eingerichtet, der zurzeit 500 Stellen umfasst und bis 2016 auf 1 000 Planstellen ausgebaut wird. Das Konzept des Vertretungspools sieht vor, dass diese Lehrkräfte drei Jahre für längerfristige Vertretungseinsätze von sechs Monaten oder mehr den Schulen in einer Region zur Verfügung stehen. Nach drei Jahren werden die Lehrkräfte dann fest an einer Schule eingesetzt. Der Ausbau des Vertretungspools wird – geplant und gewünscht – eine Reduzierung der Zahl der befristeten Beschäftigungsverhältnisse zur Folge haben.

Der gesamte landesweit auftretende Vertretungsbedarf, insbesondere der kurzfristige, ist über einen solchen Pool allerdings nicht zu decken. Zeitlich befristete Vertretungsverträge werden daher auch künftig – wenn auch in geringerem Umfang – benötigt.

Zu beachten ist außerdem, dass zum Schuljahresbeginn mehr als 1 100 Planstellen vergeben wurden, davon zahlreiche an bisherige Vertretungslehrkräfte, deren Arbeitsvertrag zum 25. Juli 2014 endete.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich namens der Landesregierung die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Die erbetenen Daten wurden in der Antwort auf die Kleine Anfrage 2510 des Abgeordneten Thomas Günther (CDU) vom 4. August 2014, beantwortet mit Schreiben vom 25. August 2014^{*)}, mitgeteilt. Die Verteilung der damals ermittelten Angaben auf die einzelnen Schulen ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle:

Schule	Vertretungsverträge im Monat Juli 2014 (Stichtag 1. Juli 2014)						
	Personen	Vollzeit- äquivalente	Stundenumfang in Lehrerwochenstunden, aufgegliedert nach Anteil einer Vollbeschäftigung				
			bis zu 0,25	über 0,25 bis 0,5	über 0,5 bis 0,75	über 0,75 bis unter 1	voll
Verbandsgemeinde Eich							
GS Alsheim	4	3,5	–	–		63	25
GS Eich	4	3,8	–	–	–	44	50
GS Gimbsheim	3	2,6	–	–	16	48	
RS+ Eich	9	7,4	6	–	33	-	162
Verbandsgemeinde Monsheim							
GS Monsheim	1	0,9	–	–	–	23	–
RS+ Flomborn-Flörsheim-Dalsheim	6	5,0	–	12	14	–	108
Verbandsgemeinde Rhein-Selz							
GS Guntersblum	2	1,9	–	–	–	22	25
GS Hahnheim	2	1,6	–	–	–	41	–
GS Mommenheim	1	0,8	–	–	–	20	–
GS Nierstein	7	5,0	–	24	14	63	25
GS Oppenheim	2	1,8	–	–	–	21	25
GS Uelversheim	1	0,8	–	–	–	21	-
GS Undenheim	1	0,6	–	–	14	-	-
RS+ FOS Nierstein	9	5,6	6	31	34	25	51
GY Oppenheim	10	7,2	3	12	–	63	96
IGS Oppenheim	4	2,3	7	–	–		51
SFLG Oppenheim	1	1,0	–	–	–		27
Verbandsgemeinde Wonnegau							
GS Dittelsheim	2	1,6	–	–	–	40	–
GS Osthofen	6	5,0	–	–	18	81	25
GRS+ Westhofen	6	6,0	–	–	–	25	135
IGS Osthofen	4	4,0	–	–	–	–	99
SFL Osthofen	1	1,0	–	–	–	–	27

^{*)} Hinweis der Landtagsverwaltung: Vgl. Drucksache 16/3894

Zu den Fragen 3 und 4:

Die entsprechenden Angaben ergeben sich aus nachfolgender Tabelle. Sie beruhen auf dem Datenbestand vom 21. Oktober 2014.

Schulart	Vertretungsverträge im Monat Juli 2014 (Stichtag: 1. Juli 2014)		
	befristet bis zum Beginn der Sommerferien (letzter Schultag: 25. Juli 2014)		befristet bis nach den Sommerferien in Vollzeitäquivalenten
	Personen	Vollzeitäquivalente	
Verbandsgemeinde Eich			
GS	–	–	9,8
RS+	5	3,4	4,0
Verbandsgemeinde Monsheim			
GS	–	–	0,9
RS+	2	1,0	4,0
Verbandsgemeinde Rhein-Selz			
GS	3	2,5	10,1
RS+FOS	5	2,4	3,2
GY	5	2,9	4,3
IGS	3	1,3	1,0
FöS	–	–	1,0
Verbandsgemeinde Wonnegau			
GS	–	–	6,6
GRS+	2	2,0	4,0
IGS	2	2,0	2,0
FÖS	–	–	1,0

Zu Frage 5:

Beim Vorbereitungsdienst handelt es sich um ein gesetzlich geregeltes Ausbildungsverhältnis im Beamtenverhältnis auf Widerruf. Dieses endet kraft Gesetzes mit dem Ablauf der vorgesehenen Ausbildungszeit, ohne dass es einer Kündigung bedürfte. Ob und ggf. wann den Absolventinnen und Absolventen ein Einstellungsangebot oder ein Angebot für einen Vertretungsvertrag gemacht werden kann, sofern sie sich hierum beworben haben, hängt allein vom schulischen Bedarf in einer Region ab. Dies kann zum Beginn des folgenden Schuljahres, kann aber auch zu jedem anderen Zeitpunkt der Fall sein – sofern für die Fächer der Absolventinnen und Absolventen konkreter Bedarf besteht. Die individuellen Bewerbungsaktivitäten – auch der Absolventinnen und Absolventen aus dem Wahlkreis 31 – werden nicht erfasst. Eine wie auch immer geartete „Alimentation“ der Absolventinnen und Absolventen nach Abschluss ihrer Ausbildung und bis zum Beginn einer darauffolgenden Berufstätigkeit ist – wie in anderen Berufen auch – gesetzlich nicht vorgesehen; sie wäre auch unter dem Gesichtspunkt der sparsamen Haushaltsführung nicht zu rechtfertigen.

In Vertretung:
Hans Beckmann
Staatssekretär

